

V E R O R D N U N G

des Landratsamtes Rhön-Grabfeld über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Bad Neustadt a.d.Saale sowie in den Gemeinden Rödelmaier und Strahlungen (Landkreis Rhön-Grabfeld) für die öffentliche Wasserversorgung der Stadt Bad Neustadt a.d.Saale vom 16.01.1990.

Das Landratsamt Rhön-Grabfeld erlässt auf Grund des § 19 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. September 1986 (BGBl I S. 1529) i. V. m. Art. 35 und 75 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 03.02.1988 (BayRS 753 – 1 – I) folgende

V E R O R D N U N G

§ 1 Allgemeines

Zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung für den Stadtteil Löhrieth aus den Quellen I bis IV (nördlich des Staatswalds Eichholz) wird in der Stadt Bad Neustadt a.d.Saale sowie in den Gemeinden Rödelmaier und Strahlungen das in § 2 näher umschriebene Schutzgebiet festgesetzt. Für dieses Gebiet werden die Anordnungen nach §§ 3 bis 6 erlassen.

§ 2 Schutzgebiet

- (1) Das Schutzgebiet besteht aus vier Fassungsbereichen, einer engeren Schutzzone sowie einer weiteren Schutzzone.
- (2) Die Fassungsbereiche umschließen Teile der Grundstücke Fl.Nrn. 364, 367, 381, 384 und 386 der Gemarkung Löhrieth.
- (3) Die engere Schutzzone umfasst die Grundstücke Fl.Nrn. 366, 368, 370, 371, 372, 373, 374, 374/1, 375, 377, 379, 380, 382, 383, 385, 387, 388, 389, 390, 395, 396, 397, 398, 401 der Gemarkung Löhrieth und die Grundstücke Fl.Nrn. 869, 870, 871 der Gemarkung Rödelmaier und Teile der Grundstücke Fl.Nrn. 325, 364, 365, 367, 376, 378, 381, 384, 386, 391, 392, 393, 394, 399, 400, 402, 449 der Gemarkung Löhrieth, der Grundstücke Fl.Nrn. 824, 851, 867, 868, 872, 886, 895, 896, 957 der Gemarkung Rödelmaier und des Grundstückes Fl.Nr. 3048 der Gemarkung Strahlungen.
- (4) Die weitere Schutzzone umfasst die Grundstücke Fl.Nrn. 873, 874, 875, 893, 894 der Gemarkung Rödelmaier und Teile der Grundstücke Fl.Nrn. 376, 391, 392, 393, 394, 449 der Gemarkung Löhrieth, der Grundstücke Fl.Nrn. 824, 851, 867, 868, 872, 886, 892, 895, 897, 898, 957 der Gemarkung Rödelmaier und des Grundstückes Fl.Nr. 3048 der Gemarkung Strahlungen.
- (5) Die Grenzen des Schutzgebietes ergeben sich aus einem Lageplan im Maßstab 1:2.500, der im Landratsamt Rhön-Grabfeld und bei den Stadt Bad Neustadt a.d.Saale und in der Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt a.d.Saale niedergelegt ist; er kann dort während der Dienststunden eingesehen werden.

- (6) Veränderungen der Grenzen oder Bezeichnungen der in den Absätzen 2 bis 4 genannten Grundstücke berühren die festgesetzten Grenzen der Schutzzonen nicht.
- (7) Der Fassungsbereich ist durch eine Umzäunung, die engere Schutzzone ist, soweit erforderlich, in der Natur in geeigneter Weise kenntlich gemacht.

§ 3. Verbotene oder nur beschränkt zulässige Handlungen

- (1) Es sind

	im Fassungs- bereich	in der engeren Schutz- zone	in der weiteren Schutz- zone
Entspricht Zone	I	II	III
1. Land- und forstwirtschaftliche Nutzungen, Gartenbau			
1.1 Organische und mineralische Düngung ausgenommen Nummern 1.2 – 1.4	verboten	---	---
1.2 Gülle- oder Jaucheausbringung mit Fass	verboten	verboten auf abgeernteten Böden ohne unmittelbar folgenden Zwischenfrucht- oder Hauptfruchtanbau, auf Brache, gefrorenen oder schneebedeckten Böden	
1.3 Gülle- oder Jaucheausbringung mit Leitungen, Aufbringen von Klärschlamm	verboten	verboten	Nummer 1.2 gilt entsprechend
1.4 Überdüngung und das Aufbringen von Abwasser	verboten		
1.5 offene Lagerung organischer Düngstoffe und von Mineraldüngern, Feldsilage mit Gärstoffanfall zu betreiben	verboten		
1.6 Massentierhaltung	verboten		
1.7 Anwendung von Pflanzenbehandlungsmitteln	verboten	Die Anwendungsverbote und -beschränkungen in der „Verordnung über Anwendungsverbote und für Pflanzenschutzmittel“ vom 27.07.1988 (BGBl I S. 1196) in der jeweils geltenden Fassung sind zu beachten; soweit dort die Anwendung nach Maßgabe der „Vorbemerkung“ zulässig ist, ist die Kreisverwaltungsbehörde die zuständige Behörde.	
1.8 Dräne und Vorflutgräben zu errichten oder zu ändern	verboten		---
1.9 Gartenbaubetriebe zu errichten oder zu erweitern	verboten		---
1.10 Rodung, Umbruch von Dauergrünland	verboten		

	im Fassungs- bereich	in der engeren Schutz- zone	in der weiteren Schutzzone
Entspricht Zone	I	II	III
2. Sonstige Bodennutzungen			
Veränderungen und Aufschlüsse der Erdoberfläche, selbst wenn Grundwasser nicht aufgedeckt wird, insbesondere Fischteiche, Kies-, Sand- und Tongruben, Steinbrüche u. Torfstiche. Ausgenommen sind die übliche land- und forstwirtschaftliche Bodenbearbeitung sowie in der weiteren Schutzzone Bauwerksgründungen ohne Aufdeckung des Grundwassers		verboten	
3. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen			
3.1 Abfall einschließlich Klärschlamm zu behandeln, zu lagern oder abzulagern		verboten	
3.2 wassergefährdende Stoffe im Sinne des § 19 g Abs. 5 WHG zu lagern, abzufüllen oder umzuschlagen	verboten		----
3.3 Kläranlagen zu errichten oder zu erweitern		verboten	
3.4 Sickerschächte und Trockenaborte zu errichten oder zu erweitern			
3.5 Jauche- und Güllebehälter, befestigte Dungstätten, Gärfutterbehälter zu errichten oder zu erweitern	verboten		----
3.6 gesammeltes Abwasser durchzuleiten	verboten		verboten, sofern nicht die Dichtheit der Kanäle von Inbetriebnahme durch Druckprobe nachgewiesen und wiederkehrend alle 5 Jahre durch geeignete Verfahren überprüft wird.

	im Fassungs- bereich	in der engeren Schutz- zone	in der weiteren Schutzzone
Entspricht Zone	I	II	III
3.7 Rohrleitungsanlagen für wassergefährdende Stoffe im Sinne des § 19 a Abs. 2 WHG zu errichten und zu bearbeiten	v e r b o t e n		
3.8 Abwasser einschließlich Kühlwasser und Wasser aus Wärmepumpenanlagen zu versenken oder zu versickern	v e r b o t e n		
3.9 von Straßen- oder Verkehrsflächen abfließendes Wasser zu versenken oder zu versickern	v e r b o t e n	verboten, ausgenommen breitflächiges Versickern bei öffentlichen Feld- und Waldwegen, sowie beschränkt öffentlichen Wegen und Eigentümerwegen	verboten, ausgenommen breit flächiges Versickern, wenn das Grundwasser durch gute Deckschichten geschützt ist
4. Bergbau, Straßenbau, Plätze mit besonderer Zweckbestimmung			
4.1 Bergbau	v e r b o t e n		Verboten, wenn dadurch gute Deckschichten zerrissen oder Einmündungen oder offene Wasseransammlungen herbeigeführt werden.
4.2 Durchführung von Bohrungen			
4.3 Straßen, Wege, Plätze sowie Parkplätze zu errichten oder zu erweitern	v e r b o t e n	verboten, ausgenommen öffentliche Feld- und Waldwege, beschränkt öffentliche Wege und Eigentümerwege	----
4.4 zum Straßen-, Wege- und Wasserbau wassergefährdende auslaug- oder auswaschbare Materialien (z.B. Teer, Schlacke u.ä.) zu verwenden	v e r b o t e n		
4.5 Wagenwaschen und Ölwechsel	v e r b o t e n		----
4.6 Bade- und Zeltplätze, die keine baulichen Anlagen sind, einzurichten oder zu erweitern, Abstellen von Wohnwagen			
4.7 Sportanlagen, die keine baulichen Anlagen sind, zu errichten oder zu erweitern			

	im Fassungs- bereich	in der engeren Schutz- zone	in der weiteren Schutzzone
Entspricht Zone	I	II	III
4.8 Flugplätze einschließ- lich Sicherheitsflä- chen, Notabwurfplät- ze, militärische Anla- gen und Übungsplät- ze zu errichten oder zu erweitern und Ma- növer durchzuführen *	verboten		
4.9 Friedhöfe zu errichten oder zu erweitern			
4.10 Baustelleneinrich- tungen, Baustofflager zu errichten oder zu erweitern	verboten		----
5. Sonstige bauliche Nutzungen			
5.1 Betriebe und betriebli- che Anlagen, in denen wassergefährdende Stoffe im Sinne des § 19 g Abs. 5 WHG hergestellt, verarbei- tet, umgesetzt oder gelagert werden, zu errichten oder zu er- weitern	verboten		
5.2 Sonstige bauliche Anlagen, zu errichten oder zu erweitern	verboten		verboten, sofern Ab- wasser nicht in eine Sammelentwässerung eingeleitet und die Dichtheit der Kanäle, einschließlich der An- schlussleitungen, nicht vor Inbetriebnahme durch Druckprobe nach- gewiesen und wieder- kehrend alle 5 Jahre durch geeignete Verfah- ren überprüft wird.
5.3 Anlagen zur Bearbei- tung oder Gewinnung radioaktiven Materials und von Kernenergie zu errichten oder zu erweitern und zu betreiben	verboten		
6. Betreten	verboten, außer durch Befugte	----	----

* auf das Rundschreiben vom 01.08.1984 (IIB3-4532.5-0.15) „Militärische Übungen und Liegenschaften der Streitkräfte in Wasserschutzgebieten“ wird hingewiesen.

- (2) Die Verbote des Absatzes 1 Nummer 4.2 und 5.2 gelten nicht für Maßnahmen der Wassergewinnung und –ableitung des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist.
- (3) Weitergehende Verbote oder Beschränkungen nach der Anlagen- und Fachbetriebsverordnung in der jeweils gelten Fassung bleiben unberührt.

§ 4 Ausnahmen

- (1) Das Landratsamt Rhön-Grabfeld kann von den Verboten des § 3 Ausnahmen zulassen wenn
 1. das Wohl der Allgemeinheit die Ausnahmen erfordert oder
 2. das Verbot im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führen würde und das Gemeinwohl der Ausnahme nicht entgegensteht.
- (2) Die Ausnahme ist widerruflich; sie kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden und bedarf der Schriftform
- (3) Im Falle des Widerrufs kann das Landratsamt Rhön-Grabfeld vom Grundstückseigentümer verlangen, dass der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung erfordert.

§ 5 Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken haben die Beseitigung oder Änderung von Einrichtungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bestehen und deren Bestand, Errichtung, Erweiterung oder Betrieb unter die Verbote des § 3 fallen, auf Anordnung des Landratsamtes Rhön-Grabfeld zu dulden, sofern sie nicht schon nach anderen Vorschriften verpflichtet ist die Einrichtung zu beseitigen oder zu ändern.

§ 6 Duldungspflicht

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben zu dulden, dass die Grenzen der Fassungsgebiete und der Schutz-zonen durch Aufstellen oder Anbringen von Hinweiszeichen kenntlich gemacht werden.

§ 7 Entschädigung und Ausgleich

- (1) Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung ergehende Anordnung eine Enteignung darstellt, ist hierfür nach den §§ 19 Abs. 3, 20 WHG und Art. 74 BayWG Entschädigung zu leisten.
- (2) Setzen die Verbote bzw. Beschränkungen nach § 3 oder eine Anordnung gem. § 5 erhöhte Anforderungen fest, die die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Nutzung eines Grundstücke beschränken, so ist für die dadurch verursachten wirtschaftlichen Nachteile ein angemessener Ausgleich nach § 19 Abs. 4 WHG i.V.m. Art. 74 Abs. 5 und 6 BayWG zu leisten, soweit nicht eine Entschädigungspflicht nach vorstehendem Abs. 1 besteht.

Ein Ausgleich wird nicht geleistet, soweit die wirtschaftlichen Nachteile

1. durch betriebliche Maßnahmen ausgeglichen werden können oder
2. durch andere Leistungen aus öffentlichen Haushalten oder von Dritten ausgeglichen werden.

§ 8 Ordnungswidrigkeiten

Nach § 41 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 WHG kann mit Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einem Verbote nach § 3 Abs. 1 und 2 zuwiderhandelt,
2. eine nach § 4 ausnahmsweise zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Ausnahme verbundenen Bedingungen oder Auflagen zu befolgen.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Rhön-Grabfeld in Kraft.

Bad Neustadt a.d.S., 16.01.1990

LANDRATSAMT RHÖN-GRABFELD

gez. Dr. Steigerwald
Landrat